



De Rude Pooz



Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

März/2014

www.dkp-koeln.de

Gegen Zwangsräumungen!

Am 20. Februar konnte vorerst verhindert werden, daß Kalle Gerigk aus seiner Wohnung im Agnesviertel zwangsgeräumt wurde.

300 Menschen hatten sich dem Gerichtsvollzieher in den Weg gestellt. Sie wollten, dass Kalle bleibt. Nachbarn hängten Transparente an die Balkons.

Da ist zu lesen: Objekt-Design hat keinen Eigenbedarf. So heißt die kleine Firma in der Großen Witschgasse, die Kalles Wohnung hat kaufen lassen. Offenkundig ist der Eigenbedarf vorgeschoben, um nach Luxussanierung hohe Profite zu erzielen.

Das meint der Begriff Gentrifizierung: wer sich's nicht leisten kann, muß raus aus der Wohnung. Angesichts krisenbedingter Anlageprobleme fließt immer mehr Kapital in Immobilien. Ein Makler schwärmt: „Den besonderen Reiz übt dabei der intakte Mietmarkt aus, welcher weiter anziehende Mietzinsen mit entsprechend positiven Auswirkungen auf die Kapitalwerte erwarten lässt.“ (Kölnische Rundschau 22.6.13)

87 Prozent der Alleinerziehenden und 77 Prozent der Befragten mit Familie in Köln meinen, dass die monatliche Belastung fürs Wohnen zu hoch ist. Und viele müssen raus.

25 000 Zwangsräumungen gab es bundesweit im Jahr 2012. Diese Zahl steigt.

- Klaus Stein

Wohnungen statt Justizzentrum!

An dem Grundstück der ehemaligen Dombrauerei an der Alteburger Straße hat Bouwens-Adenauer schon im Jahr 2008 viel Geld verdient.

Jetzt gehört es dem Land. Geplant ist dort ein neues Justizzentrum. Artikel 29,2 der Landesverfassung lautet:

„Das Land hat die Aufgabe, nach Maßgabe der Gesetze neue Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen [...]“. Von Justizzentren ist da nicht die Rede. Wir schlagen seit dem Jahr 2008 vor, dass hier Wohnungen in öffentlicher Hand gebaut werden. Sie könnten mit günstigen Mieten zur Dämpfung des Mietpreisniveaus in der ganzen Stadt beitragen.

Runter mit den Mieten!

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Die neuen Stadtratsbeschlüssen zum Kölner Mietenproblem, S.3
- Stopt das TTIP S.4
- „Fuck the EU“, S.5
- Termine, Termine, Termine S.7

Beschlüsse des Stadtrats

Der Kölner Stadtrat hat am 17. Dezember einige Maßnahmen beschlossen.

Er will den sozialen Wohnungsbau ankurbeln und zum Erhalt von sozial gemischten Stadtteilen beitragen durch

- Das „Kooperative Baulandmodell“
- ein Sonderprogramm „Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen“

Der Baulandbeschluss setzt den Anteil des geförderten Wohnungsbaus bei Wohnungsbau-Vorhaben auf mindestens 30 Prozent fest. Seit 2007 ist der öffentlich geförderte Wohnungsbau (Kaltmiete 5 bis 6 Euro) auf stadteigenem Baugrund mit 25-30% quotiert. Entsprechende Quoten will die Stadt mit privaten Grundeigentümern vereinbaren, wenn sie ihr Grundstück als Bauland genehmigt haben wollen. Die Stadt lockt mit dem Wertzuwachs, der sonst von ihr abgeschöpft würde.

Mit dem Sonderprogramm „Bezahlbaren Wohnraum sichern...“ erhalten Bauherren noch einmal städtische 150 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche, wenn sie in den teuren Stadtteilen günstigen Wohnraum schaffen, also bei ohnehin öffentlich ge-

fördertem Wohnraum nach Förderweg A. Das Programm ist indes bei 2 Millionen Euro gedeckelt. Damit können allenfalls 150 Wohnungen zusätzlich gefördert werden.

Folglich ist zu bezweifeln, daß die Stadt mit diesen Maßnahmen auf jährlich 1.000 neue geförderte Mietwohnungen kommen wird. Im vergangenen Jahr waren es immerhin 537 (2012 nur 210), gleichzeitig fielen aber 1400 Sozialwohnungen aus der Bindung. 45% der KölnerInnen haben Anspruch auf eine Sozialwohnung. Es befinden sich aber nur noch 7% des Kölner Wohnungsbestandes in der Sozialbindung.

Um den Mietpreisdruck zu mindern, sind nach Einschätzung der Kölner DKP mindestens 4.000 neue Wohnungen pro Jahr nötig. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Wohnungen sollten zudem öffentliches Eigentum sein und bleiben. Das Zugeständnis zeitweiliger Mietpreisbindung kann unseres Erachtens eine Subventionierung, die mittlerweile die Gesamthöhe der Baukosten erreicht, nicht rechtfertigen. - Klaus Stein

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Ja, ich will:

- ☐ mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- ☐ Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Auf zum Fest der **Solidarität!**

Seit 1974, auf den Rheinwiesen zu Düsseldorf, gibt es das Pressefest unserer Zeit (UZ), der Zeitung der DKP.

Nahezu im Zweijahresrhythmus stellt eine der zweitkleinsten kommunistischen Parteien der Welt das grösste politische Volksfest unserer Bimbesrepublik auf die Beine, mit mehreren zehntausend Besuchern aus aller Welt!



Lange Zeit gab es keine eigene Präsenz der Bezirksorganisation „Rheinland-Westfalen, die Düsseldorfer hatten Pänz zu betreuen, die Kölner die Tombola und die anderen dit un dat am Hut.

Erst 2011 konnte der zweitstärkste Verband in der DKP mit einem eigenen Programm (u.a MeineFresseClub) glänzen. Köln und Düsseldorf arbeiteten vorbildlich zusammen, und Krefelder, Bonner, Aachener, Dürener, Siegener, Solinger und Wuppertaler machten mit.

Daher freuen wir uns, beim 18. UZ-Pressefest auf demselben Gelände, mit Zelt, Bühne und vielen Ständen rheinische Kultur und Lebensart propagieren zu dürfen. Wir werden alles dafür tun, daß hinter dem grossen Portal mit der Aufschrift: „Komm Rhein“ wieder der Bär tanzt, beziehungsweise, der bergische Löwe, mindestens aber der Papst im Kettenhemd.

- Walter Stehling

PS. Da kein Eintritt erhoben wird, bitten wir die Solibuttons für € 5,-- zu erwerben.

UZ-Pressefest, Fest der Solidarität
27.-29. Juni 2014
Revierpark Wischlingen, Dortmund

Stoppt das Transatlantische Freihandelsabkommen!

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung den zügigen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP) vereinbart. TTIP ist die Abkürzung für Transatlantic Trade and Investment Partnership.

Das TTIP hat einen Vorläufer.

Es handelt sich um das sogenannte Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI). Wäre es in Kraft getreten, hätte es die Rechte internationaler Investoren zu Lasten von Demokratie, nationaler Souveränität und Rechtsprechung sowie sozialer und ökologischer Standards umfassend gestärkt. Es konnte aber im Dezember 1998 durch eine weltweite Protestwelle gestoppt werden.

Am 8. Juli 2013 begannen in Washington die Verhandlungen zu TTIP.

Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, Umwelt- und Verbraucherschützer wurden zwar angehört, nicht aber an den Verhandlungen beteiligt. Umso mehr und intensiver Konzernvertreter, Amerikanischen und europäischen Lobbyisten sind die europäischen Vorschriften zum Umwelt-, Verbraucher- und Klimaschutz ein Dorn im Auge. Sie haben auch Zugang zu den Dokumenten, die noch nicht einmal den Regierungen der einzelnen EU-Länder vorliegen. Fest steht, dass die Vertragsinhalte des TTIP bindend sein sollen, sogar in der Lage sein werden, nationale Gesetzgebung auszuhebeln.

Das TTIP hebt Grundrechte aus.

Die Gewerkschaft Ver. di kritisiert, dass Investoren vor eigenen Schiedsgerichten

klagen können, wenn sie sich durch nationale Regulierungen in ihren Profiterwartungen geschädigt sehen. Am 4. März forderte auch IG-Metall-Chef Detlef Wetzels, dass die Verhandlungen gestoppt werden müssen. Für Attac ist das TTIP Schwerpunkt.

Die Zeit drängt. Es muss mobilisiert werden. Denn alles steht zur Disposition: Finanzmarktregeln, Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und Vieles mehr.

- Richard



**„Freiheit ist die Freizeit
der Reichen“
- von Walter Stehling**

„Fuck the EU“

Die Ukraine ist kein armes Land. Allerdings sind die meisten Bewohner des Landes arm, weil nach dem Zusammenbruch des Sozialismus auch der Reichtum dieser früheren Sowjetrepublik in die Hände von Oligarchen geriet.

Dass die Oligarchen untereinander Konkurrenzkämpfe mittels politischer Parteien ausfechten, macht die Lage nicht übersichtlicher. Sie bietet dem westlichen Kapital viel Gelegenheit, seinen Einflussbereich auszudehnen. Es hat sich herumgesprochen, dass dabei US-Banken und -Konzerne mit solchen der EU konkurrieren. (US-Europabeauftragte Victoria Nuland im Gespräch mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyat: „Fuck the EU!“).

Anlass der Proteste auf dem Maidan und im Westen des Landes war das geplante Assoziationsabkommen mit der EU. Es liegt noch auf Eis.

Offenbar versprechen sich viele Ukrainerinnen und Ukrainer vom Abkommen mit der EU eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Sie verkennen dabei, dass die EU sogenannte Handelshemmnisse abschaffen, neoliberale Reformen durchsetzen und privatisieren will, was noch nicht privatisiert ist. Ein Blick nach Rumänien, Bulgarien und Griechenland könnte die Ukrainer lehren, was sie von EU-Regeln zu erwarten haben. Armut und schlimmere Armut.

Am 21. Februar hatten Frankreichs Außenminister Laurent Fabius, sein polnischer Kollege Radoslaw Sikorski sowie Frank-Walter Steinmeier als Beauftragte der EU einen Kompromiss zustande gebracht. Angeblich war er mit dem russischen Außenminister abgesprochen. Der sogenannte Maidan unter der Führung der Faschisten von „Swoboda“ indes machte ihn keine 24 Stunden später zu nichts.



Oleg Tjagnibok, Vorsitzender der Partei Swoboda. Unterschrieb zusammen mit Timoschenko, Klitschko, Janukowitsch und Bundesaußenminister Steinmeier den „Kompromissvertrag“.

Es ist daran zu erinnern, dass Frau Nuland im erwähnten Telefongespräch schon über die künftige Zusammensetzung der Regierung gesprochen hatte.

Es folgte prompt ein Putsch gegen die Regierung Janukowitsch. Er war die Alternative zum „Kompromiss“. Gegenwärtig können Juden und Kommunisten in der Ukraine ihres Lebens nicht mehr sicher sein. Als eine der ersten Maßnahmen der Putschregierung soll die zweite Amtssprache Russisch abgeschafft werden, in einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung Russisch als Muttersprache spricht. Das deutet auf eine Teilung, die nationalistische Kräfte für das Land anstreben. Die aber ist nicht ohne Bürgerkrieg zu haben.

Das jugoslawische Modell. Libyen. Den Krieg gegen Syrien mussten die USA im Sommer abblasen. Auch im fernen Osten will er nicht gelingen. Vielleicht lässt sich ja ein Krieg um die Krim anzetteln.

- Paula Pawlik

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Das Monopol ist das Maß aller Dinge

*Ein grundlegendes Prinzip der bestehenden Wirtschaftsordnung
ist in den Strompreisen zu erkennen.*

Im Jahre 2013 betrug der durchschnittliche Haushaltsstrompreis für Kleinverbraucher 28,8 ct/kWh. Der Preis für Größtverbraucher hingegen betrug nur 5 ct/kWh!

Im Jahre 2013 betrug der Steueranteil allein für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 5,3 ct/kWh (stieg in 2014 auf 6,24 ct/kWh). Allein der Steueranteil für das EEG ist schon höher als der Gesamtstrompreis der Größtverbraucher.
(/srv/Daten/arc/Publikationen/isw-muenchen/subvention-strom-fg-20131201.pdf)

Das EEG hat viele Webfehler.

Zum Beispiel: Infolge des unerwarteten Siegeszuges der Erneuerbaren Energien fiel der Preis an der Strombörse. Er treibt dadurch die EEG-Abgabe der Kleinverbraucher nach oben!

Zum Beispiel: Das EEG sieht für Unternehmen mit hohem Stromverbrauch Ausnahmeregelungen von der EEG-Umlage vor, um die Stromkosten dieser Unternehmen zu senken und angeblich ihre „internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten“.

„Mitte 2013 profitierten 1691 stromintensive Unternehmen von der Sonderregelung. Bei voller Veranlagung hätten sie vier Milliarden Euro entrichten müssen.“ (Wikipedia, EEG) Im Mai 2012 waren es noch 2,5 Mrd. € jährlich.

Es ist das Prinzip, gesellschaftliche Kosten über Steuern und Staat von den kleinen Haushalten aufbringen zu lassen, die großen Eigentümer hiervon auszunehmen und den Nutzen dieser gesellschaftlichen Anstrengung in schierer Ausschließlichkeit ausgerechnet diesen großen Eigentümern zukommen zu lassen.

Die Internationale Energieagentur (IEA) notiert mit Blick auf die Kosten des EEG in ihrem Länderbericht 2013 zu Deutschland:

„Der jüngste Strompreisanstieg bereitet vor allem Haushalten mit geringem Einkommen Schwierigkeiten, wohingegen Großverbraucher von der Umlage weniger betroffen sind und zugleich in den Genuss der durch die erneuerbaren Energien herbeigeführten Senkung der Großhandelsstarife kommen.“

Ökonomisch ist diese Bevorteilung ein Extraprofit für die Eigentümer großer Industrien. Öffentlich wollen sie das nicht zugeben. Medial und ideologisch wird es unter der Sprechweise vom „internationalen Wettbewerb“ versteckt.

- Raimud C.

Termine, Termine, Termine...

Vortrag und Diskussion

Lucas Zeise:

*Die Finanzlage der Kommunen
und die europäische Finanzkrise*

Zeit: Montag, den 17. März, 19.30 Uhr

Ort: Alte Feuerwache, Großes Forum,
Melchiorstraße 3, 50670 Köln

Veranstalter: Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Occupy Cologne

Die Krise und die Spaltung Europas Europa am Scheideweg

Vortrag und Diskussion mit
Walter Listl (isw e.V.)

Mittwoch, 9. April 2014 – um 19.30 Uhr

im Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Köln, Melchiorstraße 3

Veranstalter: **isw e.V.** in Zusammenarbeit mit **Attac Köln** und **Occupy Cologne**

Ostermarsch 2014

„NATO- und EU-Kriege stoppen, Atomkraftwaffen abschaffen
- Für eine zivile EU!“

Samstag, 19.04.2014 Düsseldorf

Auftaktkundgebung: 14 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. am DGB-Haus,
anschl. Demo durch die Innenstadt zum Abschluss als Kulturfestival



Arbeitsaufwand mal Lebensqualität - von Walter Stehling

Unser nächster Gruppenabend:

**18.03.2014, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstraße 11, 50670 Köln